



SPD Fraktion im Kreistag Ahrweiler

Ansprechpartner:

Christoph Schmitt, Fraktionsvorsitzender

Mail: chris-86-schmitt@web.de Telefon 0151/46528482

Niederzissen, den 16.11.2018

Herrn

Landrat Dr. Jürgen Pföhler

Kreisverwaltung Ahrweiler

Wilhelmstr. 24-30

53474 Ahrweiler

Antrag der SPD Kreistagsfraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen 2019

„Gemeindeschwesterplus für den Kreis Ahrweiler“

Antrag:


Die Kreisverwaltung wird beauftragt, sich frühzeitig für eine Teilnahme am Modellprojekt Gemeindeschwesterplus zu bewerben und sich für entsprechende Förderungen zu bewerben.

Begründung:

Pflegebedürftigkeit bricht meist nicht über Nacht über Menschen und Familien ein. Ein wichtiger Ansatzpunkt zur Hilfe ist daher, potentiell Betroffene bereits frühzeitig zu beraten und gesundheitlich zu fördern. Daher startete die Landesregierung Rheinland-Pfalz am 1. Juli 2015 mit dem Modellprojekt Gemeindeschwesterplus ein neues Angebot für hochbetagte Menschen, die noch keine Pflege brauchen, sondern Unterstützung und Beratung in ihrem aktuellen Lebensabschnitt.

Im Projekt Gemeindeschwesterplus besuchen ausgebildete Pflegekräfte ältere Menschen, die selbstständig leben und wohnen und in ihrem aktuellen Lebensabschnitt keine Pflege brauchen.

Dieses Modellprojekt wurde im Zeitraum von Juli 2015 bis Ende Dezember 2018 mit der Förderung des Landes an 13 Pflegestützpunkten mit insgesamt 18 Pflegefachkräften in den verschiedenen kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz erfolgreich umgesetzt. Das Land übernahm dabei zu 100 Prozent die Personal- und Sachkosten.



Der Landkreis Ahrweiler hatte im April 2015 ebenfalls das Interesse an diesem Angebot bekundet. Da sich im Jahr 2015 insgesamt 22 Kommunen für die Teilnahme beworben hatten, das Haushaltsbudget des Landes aber nur die Förderung für maximal 9 Kommunen zuließ, konnte der Landkreis Ahrweiler im getroffenen Auswahlverfahren leider nicht zum Zuge kommen.

Ministerin Bätzing-Lichtenthäler hat nun bei der Veröffentlichung des Evaluationsberichtes im Mai 2018 mitgeteilt, dass die Landesregierung das präventive und gesundheitsfördernde Beratungsangebot im Interesse der hochbetagten Bürgerinnen und Bürger gerne fortsetzen und sukzessive auch auf weitere Landkreise und Städte ausdehnen möchte.

Nach aktuellem Stand kann davon ausgegangen werden, dass ab 2019 weitere Standorte an dem Modellprojekt teilnehmen können.

Von daher erscheint es sinnvoll, sich frühzeitig mit der Thematik zu befassen und rechtzeitig Interesse an dem gesundheitspräventiven Angebot zu bekunden. Darüber hinaus sollen passende Fördermöglichkeiten des Bundes eruiert werden.

gez. Christoph Schmitt